

# Kali-Debatte heute: Das sind die Optionen der Kreispolitik

Ausschuss-Sitzung hat große Bedeutung für einen möglichen Neustart des Giesener Bergwerks

Von Tarek Abu Ajamieh

**Giesen/Kreis Hildesheim.** Heute um 16 Uhr beginnt im Hildesheimer Kreishaus eine Ausschuss-Sitzung, die vor allem ein Thema hat: Wie stellt sich der Landkreis zu einer eventuellen Einleitung von Salzabwasser in die Innerste für den Fall, dass der Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) sein Giesener Bergwerk wieder in Betrieb nimmt Welche Optionen haben die Abgeordneten? Was spricht für, was spricht gegen die verschiedenen Möglichkeiten?

■ **Zustimmung zum Vorschlag des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG):**

Die Behörde, die später auch den Neustart des Bergwerks insgesamt erlaubt oder verbietet, hat einen Vorschlag für die sogenannte wasserrechtliche Erlaubnis gemacht. Dort sind unter anderem Maximalmengen für das Salzwasser an sich sowie Grenzwerte für die Chlorid-Konzentration festgelegt. Schließt sich der Ausschuss – und final der Kreistag – dem an, wäre die wasserrechtliche Erlaubnis schnell durch, zumindest K+S würde sich kaum juristisch dagegen wehren.

Dagegen spricht, dass die Politik



sich dann genau auf jene Werte verständigen würde, die schon vor zwei Jahren auf dem Tisch lagen. Dann wäre schwer vermittelbar, warum es bis zur Entscheidung so lang gedauert hat.

#### ■ Forderung nach schärferen Grenzwerten:

Ein Kompromiss könnte sein, zwar eine Entscheidung zu fällen – aber schärfere Grenzwerte zu fordern als das LBEG. So hat die Bürgerinitiative Giesen-Schacht 140 statt 200 Milligramm Chlorid pro Liter im laufenden Betrieb vorgeschlagen. Dafür spricht: Die Kreispolitik würde ein Signal für mehr Umweltschutz als nach Ansicht der meisten Fachleute rechtlich nötig setzen. K+S dürfte sich schon aus Imagegründen schwertun, dagegen zu klagen.

Dagegen spricht, dass wohl umfangreiche Verhandlungen mit dem LBEG und weitere Verzögerungen die Folge wären, da Landkreis und Bergamt eine einvernehmliche Lösung finden müssen. Auch ist nicht klar, ob der Kreistag eine fachliche Begründung für schärfere Grenzwerte liefern könnte.

#### ■ Vertagen der Entscheidung:

Die Politik ist nicht gezwungen, heute zu entscheiden. Die Abgeordneten könnten weitere Experten einladen und anhören, andere Kalibergwerke besichtigen, sich noch mehr Wissen anlesen. Und zeigen, dass sie sich von dem Konzern („Wir lassen uns das nicht endlos bieten“, HAZ von Dienstag) nicht unter Druck setzen lassen.

Dagegen spricht: Weitere Verzögerungen sind schwer zu erklären, ein Rechtsstreit mit K+S droht. Zudem dürfte der Druck aus Hannover zunehmen: In der alten rot-grünen Landesregierung war Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) für das Projekt, Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) zeigte sich sehr skeptisch und betonte, er wolle einen zweiten Kaliberg und eine höhere Belastung der Innerste verhindern. Seit gestern ist ausgerechnet Lies neuer Umweltminister, die Grünen sind in der Landesregierung nicht mehr vertreten.

Interessant wird auch sein, wie viele Bürger die öffentliche Sitzung besuchen und so deutlich machen, dass sie sich von den K+S-Plänen

betroffen fühlen. Der Landkreis hat die Zusammenkunft vorsichtshalber in den großen Sitzungssaal verlegt, in dem deutlich mehr als 100 Besucher Platz finden. Bürger des

Landkreises Hildesheim dürfen zudem vor der Debatte um das Kaliwerk Fragen an die Kreisverwaltung sowie an die Abgeordneten stellen.

▲ **Salzwasser-Einleitung in die Werra bei Philippsthal: Was darf K+S zwischen Giesen und Ahrbergen machen?**

FOTO: DPA

## BI wettert gegen Bergamt-Pläne

Von Tarek Abu Ajamieh

**Giesen/Kreis Hildesheim.** Die Bürgerinitiative (BI) Giesen-Schacht hat vor der morgigen Ausschuss-Debatte über die Salzwasser-Einleitung in die Innerste am Giesener Kaliwerk deutliche Kritik am Genehmigungs-Entwurf des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (HAZ von gestern) geübt – nicht zuletzt als Hinweis an die Abgeordneten. Vor allem wirft die Gruppe dem Bergamt vor, sich bei diversen Streitpunkten nicht ausreichend mit Alternativen beschäftigt zu haben. Der LBEG-Entwurf beinhaltet sowohl ein Ja zu einem zweiten Kaliberg als auch eine Einleitungs-Erlaubnis für Salzabwasser für den Fall, dass der Düngemittel-Konzern

Kali + Salz (K+S) das Giesener Bergwerk wieder in Betrieb nimmt.

Zum Thema zweiter Kaliberg moniert die BI, dass wirtschaftliche Aspekte in der Argumentation des LBEG gegenüber Umweltaspekten eine zu große Rolle spielen. Das gelte etwa für die Forderung der Initiative nach „nachhaltigem Bergbau, bei dem alle gewonnenen Rohstoffe verwertet werden“. Konkret wünscht sich die BI einen kombinierten Abbau von Kali und Steinsalzen, um Abbaurückstände zu vermeiden. Das LBEG verweist darauf, dass dafür sowohl unter als auch über Tage „eine zweite Infrastruktur notwendig“ sei und das Genehmigungsverfahren unzumutbar verlängert werde. K+S hatte erklärt, die Steinsalze aus Giesen ließen sich

schlicht nicht vermarkten.

Die BI überzeugt das nicht, sie verweist zudem darauf, dass Giesen sich seit der Schließung des Bergwerks 1987 vor allem als Wohngemeinde mit neuen Baugebieten in Giesen und Ahrbergen entwickelt habe, deren Bewohner es zu schützen gelte. Zumindest aber müssten diese Forderungen detailliert und von externen Sachverständigen analysiert werden.

Auch beim Thema Salzabwasser ist die BI unzufrieden mit dem Entwurf. Sie fordert sowohl eine geringere Gesamtmenge pro Tag als auch eine geringere maximale Chlorid-Konzentration (140 statt 200 Milligramm pro Liter) sowie Grenzwerte für weitere Stoffe, etwa Ammonium, die bisher nicht genannt sind.